

einem Fasttag am 13. Dezember 1992 auf, um für die Wiederherstellung des religiösen Friedens und Versöhnung im Lande zu beten (vgl. Asia Focus, 18.12.92, S. 8).

Es gibt bisher *wenig Zusammenarbeit zwischen christlichen und islamischen Gruppen*, obwohl ein Zusammengehen der Minderheiten angesichts der zunehmenden hinduistischen Radikalisierung eigentlich naheliegen müßte. Seit 1984 besteht zwar eine „Islamic Study Association“ (ISA). Hervorgegangen aus einer Initiative der indischen Jesuiten, leidet ISA aber an einem Mangel an qualifizierten Fachleuten, die das wichtige Anliegen des christlich-islamischen Dialogs auf den Gebieten der theologischen Ausbildung, der Fortbildung der Priester und bis hinunter auf die Pfarrebene kompetent vertreten könnten.

Der Hauptursache der gegenwärtigen Spannungen, der Diskriminierung der unteren Kasten und der Dalit, steht allerdings die katholische Kirche in ihren eigenen Reihen *eher hilflos gegenüber*. Die Spannungen innerhalb der katholischen Kirche haben sich in den letzten Jahren verschärft, weil die Dalit, die in der katholischen Kirche Indiens fast 50 Prozent

ausmachen, immer deutlicher ihre Rechte einklagen und nicht länger gewillt sind, die auch in der Kirche bestehende Diskriminierung hinzunehmen. Der Widerstand gegen nach Kasten aufgeteilte Friedhöfe, Sonderplätze in den Kirchen und mangelnde Beteiligung der Dalit an kirchlichen Führungsämtern wird immer stärker. Für das Eintreten der Kirche für die Einhaltung der Menschenrechte nach außen sind das nicht gerade günstige Ausgangspositionen.

Christliche Dalit-Gruppen hatten eigentlich eine größere Demonstration mit Sitzstreik in New Delhi für den 7. Dezember 1992 geplant. Diese Protestveranstaltung sollte die Parlamentarier bewegen, den christlichen Dalit die gleichen Rechte einzuräumen, wie sie die Verfassung den übrigen unteren Kasten bzw. den Kastenlosen zusichert. Wegen der nationalen Spannungen im Gefolge der Ayodhya-Ereignisse wurde diese Veranstaltung von der Regierung kurzfristig verboten. Das veranstaltende „Gesamtindische Christliche Forum“ (All India Christian People's Forum) verurteilte die Zerstörung der Babri-Moschee als einen Anschlag auf das demokratische und säkularistische Fundament des indischen Staates.

Georg Evers

Die Kirche möchte Brücken bauen

Perspektiven nach der Trennung der ČSFR

Seit dem 1. Januar gibt es in Mitteleuropa zwei neue Staaten: Auf friedlichem Weg, wenn auch ohne große Begeisterung, sind an die Stelle der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Tschechoslowakei die Tschechische und die Slowakische Republik als souveräne Staaten getreten. Die Trennung bedeutet auch eine Zäsur für die katholische Kirche. Sie ist in beiden Teilen der bisherigen Tschechoslowakei Mehrheitskonfession, hat sich aber jeweils unterschiedlich entwickelt. Nach dem Willen der Bischöfe soll es auch weiterhin ein möglichst hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen der katholischen Kirche in den beiden neuen Staaten geben, wobei sich die Dinge im einzelnen erst einspielen müssen.

Die mit Jahresbeginn erfolgte Teilung der ČSFR hat unvermeidlicherweise auch auf die Kirche in den beiden neuen Staaten erhebliche Auswirkungen. Dennoch sind diese mit Sicherheit geringer als die Konsequenzen im staatlichen Bereich. Der Schwerpunkt der Organisationsstruktur der Kirche liegt bekanntlich in den Diözesen, die als Teilkirchen immer ein hohes Maß an Selbständigkeit haben. Nationale Strukturen bis hin zur Bischofskonferenz treten dagegen in den Hintergrund. Im konkreten Fall kommt noch dazu, daß die kirchliche Entwicklung im tschechischen und im slowakischen Landesteil sehr unterschiedlich verlief. Auch die pastorale Situation unterscheidet sich deutlich diesseits und jenseits der neuen Grenze. Schon bisher waren daher die Gemeinsamkeiten im kirchlichen Leben zwischen Böhmen und Mähren einerseits und der Slowakei andererseits weit weniger stark aus-

geprägt als das in anderen Ländern üblicherweise der Fall ist. Die staatliche Trennung bedeutet daher für die Kirche *keine dramatische Zäsur*.

Erklärtes Anliegen der Bischöfe in beiden neuen Staaten ist es, auch nach der nun erfolgten Trennung die Verbindung zwischen der tschechischen und der slowakischen Nation nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern sie auf einer neuen Basis weiterzuentwickeln und, wo immer dies möglich ist, zu vertiefen. Erklärter Wunsch der Bischöfe war es, daß die Aufspaltung der ČSFR „bedachtsam und ohne Provokationen“, vor allem aber geordnet und friedlich erfolgen sollte. Dieser Wunsch – in einer im vergangenen Oktober veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme bekundet – ging im wesentlichen in Erfüllung. In ihrer Erklärung hatten die Bischöfe festgestellt, sie wollten sich nicht zur „politischen Seite der Ent-

wicklungen“ äußern; gleichzeitig riefen sie jedoch die Politiker und Bürger ihres Landes auf, auch nach der Trennung zu guten und solidarischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten beizutragen. Die tschechische und die slowakische Republik würden auch in Zukunft vieles gemeinsam haben und in vielem voneinander abhängig sein.

Hält das Wunschbild der Realität stand?

Auf den Christen Böhmens, Mährens und der Slowakei lastet nach den Worten der Bischofskonferenz eine „große Verantwortung“ für die Entwicklung der künftigen Beziehungen zwischen ihren Völkern und Staaten. Gemäß dem Auftrag Jesu müßten sie diejenigen sein, die Frieden schaffen und Brücken zwischen den Gruppen, Nationen und Staaten schlagen. „Wir fordern euch auf, mit Worten und Beispielen voranzugehen“, schrieben die Bischöfe. Sie erinnerten dabei an Aussagen von *Johannes Paul II.* bei seinem Besuch 1990 in der ČSFR: „Ich wende mich an euch alle, aber vor allem an die Jugend von Mähren, Böhmen und der Slowakei: Habt *ein* Herz und *eine* Seele! Bewahrt die Einheit!“

Die Bischöfe betonten die Verantwortung der Gläubigen für die Mitgestaltung und Erneuerung der Gesellschaft ihrer jeweiligen Staaten. Wenn die Zukunft auf „guten Prinzipien“ gebaut sein soll, dürften die Christen und die Kirche nicht „zu einer geschlossenen Gruppe“ werden. Sie müßten vielmehr „Solidarität“ mit der Nation und ihrer Kultur zeigen und die unter vielen Opfern erworbene Freiheit weiterentwickeln.

Wenige Tage später strahlte das tschechoslowakische Fernsehen unter dem Titel „Die Stimme der Christen zur Teilung der Republik“ eine mehrstündige Direktübertragung einer Studio-Diskussion mit hohen Repräsentanten der katholischen und der evangelischen Kirchen sowie mit anderen christlichen Persönlichkeiten aus. „Wir begreifen unsere Trennung nicht als feindliche Auseinandersetzung unserer Völker, sondern als eine neue Etappe der Zusammenarbeit im christlichen Sinne, die auf neue, zukünftige Qualitäten des Zusammenwirkens setzt“, unterstrich dabei der slowakische Weihbischof *Rudolf Baláz* (Banská Bystrica). Dieses künftige Zusammenwirken könnte nach Ansicht des Bischofs „für andere Staaten als bahnbrechendes Beispiel dienen“.

Die mancherorts geäußerten Befürchtungen, daß es zu „dramatischen“ Entwicklungen kommen könnte und daß „gegenseitige nationalistische Verfolgung“ zu erwarten sei, teilte der slowakische Bischof nicht: „Unsere Völker gehören historisch zusammen, wir haben einen gemeinsamen Glauben und gemeinsame historische Wurzeln und eine tausendjährige christliche Tradition.“ Die katholischen Priester in der Slowakei wollten die Gläubigen auch in diesem Sinne anleiten, daß „wir mit unseren tschechischen Brüdern auf einer gemeinsamen Grundlage stehen und daß uns das Evangelium verbindet“. Die Selbständigkeit der Slowakei werde von der Kirche als

ein Akt der Emanzipation des slowakischen Volkes verstanden, der aber keineswegs gegen die Tschechen gerichtet sei.

Der Prager Weihbischof *František Radkovský* äußerte sich in der TV-Diskussion in ähnlichem Sinn: „Die heutige Entwicklung der Slowakei hat unsere Völker gezwungen, neue Wege zu suchen, die dem historischen Augenblick entsprechen, und neue Strukturen unserer Einheit zu entwickeln“. Er verwies darauf, daß die böhmischen Länder in der Vergangenheit viel zum Aufbau der Slowakei und zur Bewußtseinsbildung in der slowakischen Bevölkerung beigetragen hätten. Nun sei eine „neue Ära“ angebrochen, bei der die Kirche nicht „am Rande stehen“ wolle und könne. Der Bischof äußerte sich zuversichtlich, daß sich die Beziehungen zwischen den zwei neuen Staaten in positiver Weise entwickeln würden. Zur Rolle der Kirche meinte er: „Wir Geistliche sind verpflichtet, zwischen unseren Völkern neue Brücken aufzubauen, die Emotionen zu dämpfen und darauf hinzuwirken, daß die Menschen innere Ruhe bewahren.“ Der Kirche komme dabei eine „wichtige“ Rolle zu.

Auch die Vertreter der evangelischen Kirchen aus den tschechischen Ländern und aus der Slowakei schätzten die künftige Entwicklung ähnlich ein und plädierten in der TV-Diskussion für gegenseitige Toleranz und Annahme des anderen in christlicher Gesinnung.

Ob das von den Bischöfen gezeichnete Wunschbild von Einheit, Eintracht, Solidarität und Zusammenarbeit über die neue tschechisch-slowakische Grenze hinweg der Realität standhält, wird die Zukunft weisen. Der tatsächlich existierenden Probleme ist sich auch die Kirchenführung in beiden Staaten absolut bewußt. Sie weiß auch, daß der Bazillus eines übersteigerten Nationalismus vor der Kirche selbst nicht unbedingt haltmacht. Der Sekretär der Tschechischen Bischofskonferenz, *Thomas Halik*, bezeichnete bei einem Treffen sudetendeutscher Katholiken in Passau den „katholischen Nationalismus oder nationalen Katholizismus“ als „besonders perverse und gefährliche Häresie“. In der jetzigen Situation Mitteleuropas wäre dies „eine gefährliche Bremse“ für die Kirche bei ihrer Suche nach einem Platz in der dynamischen und pluralen Gesellschaft. Entflammender Nationalismus in Mitteleuropa sei ein typisches „Wuchern“ und „Wahnsinnigwerden“ eines lange unterdrückten und verdrängten Wertes. Aufgabe des Christen sei nicht Ablehnung und Unterdrückung des Nationalbewußtseins, sondern dessen Kultivierung.

Die katholische Kirche gehörte nicht zu jenen Kräften, die auf eine Teilung der ČSFR drängten. Im Gegenteil: sie erhob – wiewenigleich mit unterschiedlicher Deutlichkeit und Akzentsetzung im tschechischen und im slowakischen Landesteil – ihre Stimme für die Erhaltung der Einheit des Landes. Die Bischöfe Böhmens und Mährens hatten im September 1991 in einer ersten Stellungnahme zu den Forderungen nach einer Aufteilung des Landes kein Hehl daraus gemacht, daß ihre eigene Option dem Erhalt eines gemeinsamen Staates der Tschechen

und Slowaken galt. Auf jeden Fall aber solle die Entscheidung darüber in einer Volksabstimmung fallen. In ihrem Hirtenwort betonten sie das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung. Sie appellierten aber an die beiden Nationen und an die nationalen Minderheiten der ČSFR, die Entscheidung über die staatliche Einheit wohlüberlegt und nicht auf der Basis von Emotionen zu treffen. Von den Politikern werde erwartet, Bedingungen für ein Referendum zu schaffen, das ohne Manipulationen und Mißbrauch erfolgt.

Die Teilung wurde inzwischen vollzogen, ohne daß das Volk darüber in einer Volksabstimmung befinden konnte. Alle Meinungsumfragen deuteten sogar darauf hin, daß eine Mehrheit der Bevölkerung die Spaltung nicht wünschte. Bedauerlicherweise verabsäumte es die Kirche, mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß eine für die beiden Völker so einschneidende Entscheidung nicht bloß von einer Handvoll Politikern, sondern vom Souverän selbst, nämlich von den Bürgern des Landes, hätten getroffen werden sollen. Dafür hätte sich die Kirche starkmachen können, ja müssen.

Kirchliche Voten im Vorfeld der Trennung

In ihrem Hirtenbrief vom September 1991 zeigten die tschechischen Bischöfe gewisses Verständnis dafür, daß nach dem Fall der totalitären Regime in Europa „die Sehnsucht der lange unterdrückten Nationen nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit“ durchdringt. Die staatliche Einheit sei oft auf ungerechte Weise gebildet worden. Heute sei es unwiderruflich nötig, daß die Einheit „in der Freiheit wächst, die wir uns von neuem erkämpft haben“, betonten die Bischöfe. Die Welle nationaler Emotionen könne aber leicht mißbraucht werden, und es sei gefährlich, unter diesem Einfluß „historische Entscheidungen“ zu treffen, warnten die Bischöfe und forderten ein Klima des Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens. Niemand dürfe sich in ein Ghetto flüchten, sondern alle müßten sich gemeinsam um Lösungen bemühen.

Die Völker in der ČSFR seien auch durch den gemeinsamen christlichen Glauben verbunden. „In diesem Geiste vertreten wir den Verbleib in einem Gesamtstaat unserer beiden Nationen“, stellten die Bischöfe fest. Dieser Staat müsse auf der Basis von Gerechtigkeit aufgebaut werden, und so solle jeder die Möglichkeit haben, sich „würdig und in gegenseitigem Respekt frei zur Zukunft des gemeinsamen Staates äußern zu können“.

Die katholischen Bischöfe Böhmens und Mährens gingen noch einen Schritt weiter: Am tschechoslowakischen Nationalfeiertag des Jahres 1991, dem 20. Oktober, baten sie in einem vom Prager Erzbischof und tschechischen Primas *Miloslav Vlk* im Fernsehen verlesenen Aufruf das slowakische Volk um Vergebung für Ungerechtigkeiten, die ihm im Laufe der Geschichte von seiten der Tschechen zugefügt worden waren. Sie bedauerten, daß der Nationalfeiertag von einer

Atmosphäre oft schmerzlicher Beziehungen zwischen den Völkern überschattet sei. Es tue not, sich vertieft mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und „einseitige Vorstellungen“ zu überwinden. Die Tschechen müßten erkennen, „was gegenüber dem slowakischen Volk nicht richtig war, und dafür um Vergebung bitten“, betonten die tschechischen Bischöfe.

Wörtlich hieß es in dem Aufruf zum „Tag des Vergebens“: „Als Gläubige leben wir durch das Vergeben Gottes und müssen auch anderen zu vergeben versuchen. Wir wissen, wie schwierig es ist, aber es ist fruchtbar für das Leben. Deswegen, von diesen Lebenserfahrungen ausgehend, fordern wir alle zum gemeinsamen Vergeben für das auf, was unsere Geschichte noch belastet.“ Einsicht und Vergebung zu verweigern, würde bedeuten, „eine ungerechtfertigte Last mitzuschleppen“, die einen neuen Anfang in der Beziehung zwischen beiden Völkern erschwere und eine Hypothek für das Bemühen um Annäherung darstelle.

Alles Engagement der tschechischen Bischöfe für die Erhaltung des gemeinsamen Staates wurde letztlich von der politischen Entwicklung überrollt. Die Bischöfe konnten nicht umhin, die politischen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Der tschechische Primas Vlk erinnerte am 4. Dezember 1992 in einem Interview mit der Tageszeitung „Lidová Demokracie“ an den Wunsch der tschechischen Bischöfe, die „Tradition des tschechoslowakischen Staates fortzusetzen“, zumal „sich in Europa und in der Welt im allgemeinen die Tendenz zur Integration zeigt, zur Verbindung und nicht zur Teilung“. Es erweise sich aber, „daß diese Teilung schon unvermeidlich ist und unter dem Gesichtspunkt der slowakischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit und nach dem Recht auf Selbstbestimmung beurteilt werden muß“. Das slowakische Volk habe sich als „Partner der Tschechen“ nicht gleichrangig behandelt gefühlt. Vlk: „Wir (Tschechen) haben unsere Emanzipation im vorigen Jahrhundert erlebt und sie Anfang dieses Jahrhunderts vollendet. Die Slowaken erreichen diese Phase heute. Und danach handeln und entscheiden sie heute.“

Mit Nachdruck sprach sich der Prager Erzbischof für eine enge Zusammenarbeit von Tschechen und Slowaken auch nach der Teilung ihres Landes aus: „Ich nehme an, daß wir in Zukunft bessere Partner sein können, wenn wir das Gefühl der Gleichberechtigung haben und den Paternalismus beseitigen.“ Dafür seien auch entsprechende Bedingungen im europäischen Umfeld sowie die „Mobilisierung unserer besten Kräfte“ notwendig.

In einem Interview mit der Tageszeitung „Rudé Právo“ unterstrich der Prager Erzbischof, daß es nach der Auflösung der ČSFR Aufgabe auch der Kirchen sein werde, „wahre Brücken des Verständnisses“ zwischen den Völkern Böhmens, Mährens und der Slowakei aufzubauen. Die Kirche müsse die politische Entwicklung respektieren. Man dürfe das Verlangen der Slowaken nach Eigenständigkeit nicht oberflächlich beurteilen, sondern müsse auch ihre Argumente hören. So komme man zu einem „klaren, ehrlichen und aufrichtigen“

Bücher zur Fastenzeit

OTTO BETZ

DIE PASSION JESU GEHT WEITER



Meditationen zum Kreuzweg

HERDER

Auf originelle Weise folgt Otto Betz den Stationen des Kreuzweges Jesu und findet sie wieder im Leben von Menschen unserer Zeit und in der Geschichte des Christentums. Ein Buch des Mitgefühls, der Hoffnung und des Trostes.

Jetzt neu:96 S., geb., 17,80 DM.
ISBN 3-451-23033-X

Carlo M. Martini Ich gehe mit euch

Wegbegleitung für alle Tage
von Aschermittwoch bis Ostern

Herder

Ein Fastenkalender mit Kerngedanken eines großen geistlichen Autors. Für jeden Tag zwischen Aschermittwoch und Ostern sind hier Texte zum Beten, Meditieren und zur geistlichen Orientierung gesammelt.

144 S., geb., 19,80 DM.
ISBN 3-451-22586-7Jacques Gaillot
Bischof von Évreux

Folgt seiner Liebe



Unkonventionelle Passions- und Ostermeditationen eines Bischofs, dessen Leidenschaft die Liebe zu den Menschen ist. Das provozierende Engagement von Gaillot, ist in jeder Zeile dieser eindringlichen Texte zu spüren.

96 S., geb., 16,80 DM.
ISBN 3-451-22383-X

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Verständnis der Vorgänge. Die tschechischen und die slowakischen Bischöfe hätten alle Aspekte und Konsequenzen der staatlichen Trennung ausführlich und offen diskutiert. Beide Seiten wollten weiter eng zusammenarbeiten.

In einer Botschaft zum Jahreswechsel, an dem die Teilung der ČSFR in Kraft trat, riefen die tschechischen Bischöfe noch einmal zu Frieden und Zusammenarbeit zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Volk auf. Ungeachtet der politischen und staatsrechtlichen Trennung der beiden Landesteile „gehen wir weiterhin gemeinsam durch die Geschichte“, heißt es in dem Aufruf. Das gegenseitige Verhältnis sollte von „Freiheit, Brüderlichkeit und Liebe“ bestimmt sein. Das Erbe der langen gemeinsamen Vergangenheit weise „lichte und dunkle Seiten“ auf, konstatierten die Bischöfe in ihrem in allen Kirchen verlesenen Schreiben. Die lichten Seiten müsse man weiterentwickeln, die dunklen „bereuen und beseitigen“. Durch eine realistische Beurteilung der Lage könnten Konflikte und unnötige Mißverständnisse vermieden werden. Der für alle verständliche Grundsatz aus dem Matthäus-Evangelium „Alles, was ihr wollt, das euch die Leute tun, das sollt ihr ihnen tun“ solle die Beziehungen der beiden Staaten zueinander prägen. „Gott kennt keine Grenzen“, unterstrichen die tschechischen Bischöfe.

Die Position der slowakischen Bischöfe

Im *slowakischen* Episkopat waren die Stellungnahmen zugunsten der Erhaltung des gemeinsamen Staates weniger deziert, auch drangen die slowakischen Bischöfe nicht auf ein Referendum. Man betrachtete vielmehr die Frage, ob Tschechen und Slowaken auch weiterhin in einem gemeinsamen Staat zusammenleben sollten oder nicht, als eine Frage der Politik, in die sich einzumischen nicht Sache der Kirche sei. In diesem Sinne äußerte sich bei verschiedenen Gelegenheiten der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, Kardinal *Ján Korec* (Nitra). Allerdings pochten die slowakischen Bischöfe auf das Recht ihres Volkes, wie jedes andere Volk auch seine Geschicke in freier Selbstbestimmung zu entscheiden.

So begrüßten die slowakischen Bischöfe im Juli vergangenen Jahres die Souveränitätserklärung ihrer Republik. Sie hielt nach Überzeugung der Bischöfe auch die Möglichkeit für ein „Zusammenleben“ mit dem „brüderlichen tschechischen Volk“ offen, das „gut wäre für alle“. Jedes Volk, das auf eine lange historische und kulturelle Tradition zurückblicke, sehne sich danach, sein nationales Leben auch in einer staatlichen Souveränität „zu vollenden“, schrieben die Bischöfe. Dieses Recht sei auch in internationalen Dokumenten festgelegt. Für die Slowakei sei dieses Recht im Verfassungsgesetz von 1968 festgeschrieben worden. Die dort geschaffene „Föderation“ respektiere – so die Bischöfe – die Souveränität der Nationalstaaten. Damit die Souveränität der Slowakei „tiefer in das Bewußtsein seiner Bewohner und auch in das Bewußtsein der europäischen und der Weltöffentlichkeit eindringt“, habe das

freigewählte Parlament am 17. Juni 1992 die Souveränität der slowakischen Republik erklärt.

Die 14 unterzeichneten Bischöfe unterstrichen aber gleichzeitig, daß das Land auch für alle in der Slowakei beheimateten Nationalitäten ein „Leben in Freiheit und Recht“ garantieren müsse. Sie forderten zum Gebet für eine Slowakei auf, die von Ehrfurcht gegenüber dem Volk, den verschiedenen Nationalitäten, dem Leben des einzelnen sowie gegenüber der christlichen Tradition geprägt sei. So könne man der Verantwortung vor der Zukunft und gegenüber den kommenden Generationen gerecht werden.

Das Recht ihres Landes auf Selbstbestimmung über die künftige Staatsform hatten die katholischen Bischöfe der Slowakei bereits im November 1991 in einem gemeinsamen Hirtenbrief bekräftigt. Darin hoben sie hervor, daß die Kirche hinsichtlich der künftigen Staatsform keine bestimmte Option vertrete: „Wir sind nicht kompetent, politische Entscheidungen zu treffen; wir wollen auch nicht bestimmen, welche Staatsform unsere Nationen in ihrer weiteren Existenz oder Koexistenz annehmen sollen. Darüber sollen gewählte Vertreter unseres Volkes oder das Volk selbst entscheiden.“

Wie immer auch die Staatsform in Zukunft aussehen werde, eines müsse gesichert sein: „eine volle und tatsächliche Gleichberechtigung für alle Nationalitäten und Minderheiten, und zwar auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik, Kultur, Moral und Religion sowie auch auf allen anderen Gebieten des Lebens“. Für die Christen gelte es, einen Standpunkt einzunehmen, „der aus der Wahrheit, aus christlich verstandener Liebe und aus Gerechtigkeit kommt“: Ausdrücklich hielten die Bischöfe fest, daß dies „auch für die Minderheiten“ gelte, die in der Slowakei bekanntlich ihre Rechte bisher nur ungenügend verwirklicht sehen – im übrigen auch im kirchlichen Bereich.

Konsequenzen für das Staat-Kirche-Verhältnis

Die slowakischen Bischöfe anerkannten seinerzeit, daß ein Prozeß „besonnenen Überlegens über die Gestaltung unseres Staates auf der Grundlage der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Rechts“ im Gange sei. „Leider Gottes“ – so hieß es – „sind wir aber auch Zeugen eines unverantwortlichen Verhaltens auf den Straßen, in den Massenmedien und sogar in der Regierung und im Parlament.“ Die Bischöfe kritisierten, daß das politische Klima zunehmend von gegenseitiger Mißachtung geprägt sei. Auch wandten sie sich dagegen, aus der Vergangenheit politisches Kapital zu schlagen. Jeder einzelne und jede Nation trage die Last der eigenen Verfehlungen. Doch statt sich mit den Übeln und Ungerechtigkeiten der Vergangenheit – noch dazu oft „inkompetent und ohne genügend gesicherte historische Erkenntnisse“ – auseinanderzusetzen, sollten die Probleme der Gegenwart gesehen und für sie adäquate Lösungen gesucht werden.

Die nun Wirklichkeit gewordene Trennung zwischen der tschechischen und der slowakischen Republik bedeutet auch für die Kirche eine große Herausforderung, hob der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, Kardinal Korec, hervor: „Wir werden auf jeden Fall dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zwischen den Gläubigen beider Staaten weiterentwickeln“, versicherte er in einem Interview mit der österreichischen katholischen Wochenzeitung „präsent“. Korec glaubt nicht, „daß irgend jemand zwischen der Slowakei und Böhmen eine chinesische Mauer errichten will“. Die Kirche als „geistige Einheit, auch mit den Österreichern, den Ungarn und den Polen“ könne und wolle sicherlich viel zur Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg beitragen.

Die Trennung der beiden Republiken wird aller Voraussicht nach auch die *Auflösung der Tschechoslowakischen Bischofskonferenz* zur Folge haben. Das kündigte ihr Stellvertretender Sekretär, Thomas Halik, an. Und auch ihr Vorsitzender, Bischof Tondra, meinte: „Wenn sich Tschechen und Slowaken trennen, werden auch die Bischöfe und die Kirchen getrennte Wege gehen.“ In dieser Frage hat allerdings auch der Vatikan mitzureden, bei dem die rechtliche Anerkennung einer Bischofskonferenz bzw. ihrer Teilung liegt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Hl. Stuhl, der die Teilung der ČSFR sicher nicht befürwortete, an der Aufrechterhaltung einer möglichst engen Verbindung zwischen den beiden Ortskirchen interessiert ist. Ob sich diese Verbindung auch in irgendeiner Struktur auf der Ebene der Bischofskonferenzen niederschlagen wird, werden die Bischöfe der beiden Länder gemeinsam mit dem Vatikan zu entscheiden haben.

Nach der Trennung wird auch das Verhältnis von Staat und Kirche in den beiden neuen unabhängigen Republiken neu zu regeln sein. Der für Kirchenfragen zuständige Sektionschef im tschechischen Kulturministerium, Zeman, kündigte bereits im vergangenen Oktober eine solche Neuregelung für Böhmen und Mähren an. Es gehe um eine „neue Partnerschaft“ zwischen dem Staat und den religiösen Gemeinschaften, die die Unabhängigkeit beider garantiert, aber zugleich eine positive Zusammenarbeit ermöglicht.

„Anachronistisch“ ist nach den Worten Zemans die *direkte Finanzierung der Kirchen von staatlicher Hand*. Aufgrund neuer Regelungen im Steuersystem soll es den Kirchen ermöglicht werden, für sich selbst ein eigenes Finanzierungssystem aufzubauen. Zeman betonte jedoch, daß die öffentliche Hand in bestimmten Bereichen die Kirchen weiterhin unterstützen werde. So sollten soziale, medizinische und schulische Einrichtungen der Kirche in Hinkunft als eigene Körperschaften auftreten, die auch vom Staat für ihre Leistungen Förderungen erhalten. Auch an der Renovierung religiöser Kulturdenkmäler werde sich die öffentliche Hand beteiligen. Die hohen Kosten für die Wiederherstellung der oft verwahten Gebäude seien für die Kirchen allein eine zu große Last, räumte der oberste für Kirchenfragen zuständige Beamte ein.

Auch in der Slowakei will man das Verhältnis von Staat und Kirchen neu regeln. Ministerpräsident *Vladimir Mečiar* sprach

darüber noch vor der Staatstrennung mit Nuntius *Giovanni Coppa*. Nach der Unterredung erklärte Mečiar, der slowakische Staat sei bereit, die Beziehungen zur katholischen Kirche auf eine neue vertragliche Basis zu stellen. Die moralische Erneuerung der Gesellschaft könne nicht ohne Mithilfe der Kirche bewerkstelligt werden. Man dürfe aber „nicht zulassen, daß sich die Kirche wie eine politische Partei verhält“. Erzbischof Coppa unterstrich seinerseits, die gegenseitigen Kontakte zwischen dem Hl. Stuhl und der slowakischen Republik würden weiter ausgebaut. Einzelheiten – über sie werden noch Verhandlungen zu führen sein – teilten weder der Nuntius noch Mečiar mit.

Die von Mečiar angesprochene *Rolle der Kirche in der Politik* war im vergangenen Sommer Gegenstand öffentlicher Polemiken in der Slowakei, wobei der Kirche unzulässige politische Einmischung vorgeworfen wurde. Ein Vertreter der slowakischen „Christlich-Demokratischen Bewegung“ des früheren Ministerpräsidenten *Ján Čarnogurský* (eines führenden katholischen Laien-Aktivisten und Menschenrechtskämpfers unter dem KP-Regime) beschuldigte in einem Fernsehinterview die Kirche in der Slowakei, sie unterstütze offen nationalistische Bestrebungen und handle damit gegen den Universalismus der katholischen Kirche. Ein Abgeordneter von Mečiar, „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ hielt dagegen die Befürwortung der slowakischen Unabhängigkeit geradezu für die „Pflicht“ des slowakischen Klerus.

Der Metropolit der slowakischen Kirchenprovinz, Erzbischof *Ján Sokol* von Trnava, stellte zu diesen Auseinandersetzungen fest, die katholische Kirche der Slowakei mische sich keineswegs in unzulässiger Weise in die Politik ein. Sie werde allerdings auch weiterhin ihre Meinung zu den laufenden Entwicklungen äußern. Das schließe auch Wortmeldungen zur Frage der slowakischen Souveränität ein. In die tagespolitischen Auseinandersetzungen wollten sich die Vertreter der Kirche jedoch nicht einmischen.

Die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der Slowakei hob auch der Vizepräsident des slowakischen Parlaments, *Augustin Marian Huska*, hervor. Nach Jahrzehnten militant-atheistischer Repression gegen die Kirchen müsse nun „der gerissene Faden zwischen Staat und Kirche“ wieder neu geknüpft werden, erklärte Huska in einem Interview für die Schweizer katholische Presseagentur KIPA/APIC. Dafür gebe es zwei Möglichkeiten: die völlige Trennung von Kirche und Staat oder „einen laizistischen Staat, der ein Konkordat mit dem Vatikan und eine entsprechende Vereinbarung mit dem Weltkirchenrat abschließt“. „Ich persönlich befürworte die zweite Lösung“, sagte der slowakische Politiker aus den Reihen von Mečiar, „Bewegung für eine demokratische Slowakei“.

Huska sprach sich für eine Rückgabe aller von den Kommunisten beschlagnahmten Gotteshäuser, Klöster und sonstigen kirchlichen Gebäuden an die Kirchen aus. Grund- und Waldbesitzungen sollten aber in der Hand des Staates bleiben. Dafür könnte sich die öffentliche Hand verpflichten, sich an

den Kosten für die Renovierung der Gebäude und für den Unterhalt des kirchlichen Personals zu beteiligen. Den Ordensgemeinschaften sollte man nach Ansicht des Vize-Parlamentspräsidenten auch ihren Grundbesitz zurückgeben.

Vieles ist derzeit noch im Fluß

Konflikte um die Einrichtung von *katholischen Privatschulen*, zu denen es im vergangenen Jahr in der Slowakei gekommen war, sind nach Meinung Huskas „bittere Folgen der Verfolgung“. Manchmal sei die Wiedererrichtung konfessioneller Schulen allerdings auch übereilt erfolgt, konstatierte der Politiker. Vorbedingung für eine reibungslose Akzeptanz dieser Schulen sei ein Konsens zwischen den Eltern und den Trägern konfessioneller Schulen. Dabei sollte „der Qualität der Vorrang vor Quantität“ gegeben werden. Er halte den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen für wichtiger als die Möglichkeit, da und dort Privatschulen einzurichten. Die kirchlichen Schulen würden immer spezielle Schulen bleiben. Sie sollten daher nicht mit den öffentlichen Schulen konkurrieren, sondern diese ergänzen. Die Spannungen in diesem Bereich hätten im übrigen ihre Gründe auch darin, daß die Reste des „kämpferischen Theismus“ versuchten, ihren Einfluß in einer verunsicherten Gesellschaft gegen kirchliche Schulen und „ihre übereifrigen Anhänger“ geltend zu machen.

Der Vorsitzende der Slowakischen Bischofskonferenz, Kardinal Korec, plädiert im Zusammenhang mit der anstehenden Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche für eine *klare Trennung*. Das gegenseitige Verhältnis sollte nach Meinung des Kardinals so geregelt sein, daß „die Kirche nicht in die Angelegenheiten des Staates als solchem eingreift und der Staat sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmischt“. Trotz dieser klaren Trennung der Kompetenzen werde jedoch die Kirche in der Slowakei eine wichtige gesellschaftliche und geistige Kraft bleiben, „mit der ja der Staat auch rechnet“.

Sowohl im Verhältnis von Staat und Kirche als auch in der innerkirchlichen Zusammenarbeit über die neue tschechisch-slowakische Staatsgrenze hinweg sind die Dinge noch im Fluß. Vor allem in letzterem Bereich wird es wohl noch Jahre dauern, bis sich eine optimale Form zwischenstaatlicher kirchlicher Kooperation herauskristallisiert. Zusammenarbeit auf pastoralem Gebiet ist schon deshalb geboten, da viele Tschechen auch weiterhin in der Slowakei leben und umgekehrt Slowaken in Böhmen und Mähren. Eine große Zahl ethnisch gemischter Ehen unterstreicht die Notwendigkeit gemeinsamer pastoraler Sorge um die Menschen, die jahrzehntelang Bürger ein und desselben Staates gewesen waren und die nun durch eine neue Staatsgrenze politisch voneinander getrennt sind bzw. jetzt gleichsam als Fremde in ihrer bisherigen Heimat leben. Daß die Grenze zwischen den beiden neuen Staaten offen sein wird, bedeutet nicht nur für diese Menschen, sondern auch für die staatsübergreifende kirchliche Zusammenarbeit eine wesentliche Erleichterung. *Peter Musyl*